



## DER OBERBÜRGERMEISTER DER STADT NÜRNBERG

Bundesministerium  
für Gesundheit  
Herrn Minister Daniel Bahr  
Friedrichstraße 108  
10117 Berlin (Mitte)

07. Okt. 2011

Sehr geehrter Herr Minister,

im November 2011 wird in Nürnberg das einzige Geburtshaus, welches bis jetzt noch durch Hebammen geleitete Geburtshilfe in seinen Räumlichkeiten angeboten hat, schließen; eine weitere Hebammenpraxis, welche neben Geburtsvorbereitung und Nachsorge auch Geburten in der Praxis geleitet hat, wird dieses Angebot ab dem gleichen Zeitpunkt nicht mehr weiterführen können.

Sowohl Vertreterinnen der Hebammen und zahlreiche Familien Nürnbergs als auch Fraktionen des Stadtrates haben sich wegen der derzeit sehr schwierigen Situation der Hebammen und Entbindungspfleger an mich gewandt. Da die Unterstützungsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene jedoch sehr begrenzt sind, möchte ich mich mit der dringenden Bitte an Sie wenden, sich des Problems auf Bundesebene anzunehmen.

Seit mehreren Jahren steigen die Haftpflichtversicherungskosten für die Hebammen, welche direkt in der Geburtshilfe und nicht nur in der Vor- und Nachsorge tätig sind, an. Dies gilt insbesondere für die Hebammen/Entbindungspfleger, welche Hausgeburten und Geburten in Geburtshäusern durchführen. Ein erheblicher Anstieg der Haftpflichtprämien für geburtshilflich tätige Hebammen ergab sich seit Sommer des Jahres 2010. Noch im Jahr 1992 zahlte eine freiberufliche Hebamme 180 Euro Haftpflichtkosten im Jahr, 2009 2400 Euro, seit dem 01. Juli 2010 müssen Hebammen/Entbindungspfleger 3.689 Euro Haftpflichtprämie für das Berufsrisiko „Geburtshilfe“ bezahlen.

§ 134a des Sozialgesetzbuches V sieht ja vor, dass der Spitzenverband Bund der Krankenkassen mit den maßgeblichen Berufsverbänden der Hebammen und den Verbänden der von Hebammen/Entbindungspfleger geleiteten Einrichtungen Verträge u.a. bzgl. der Höhe der Vergütung der Hebammen/Entbindungspfleger mit den Krankenkassen abschließt.



Bei einem Gespräch zwischen den Berufsverbänden der Hebammen/Entbindungspfleger und dem damaligen Bundesminister für Gesundheit Herrn Dr. Rösler im November 2010 im Bundesministerium für Gesundheit wurde unter anderem vereinbart, dass eine gesetzliche Regelung geschaffen werden soll, damit die gestiegenen Prämien bei der Einschätzung der Gesamtkosten der Hebammen stärker berücksichtigt werden können. Als erster Schritt dorthin wurde anvisiert, dass das Bundesministerium in enger Abstimmung mit den Berufsverbänden ein Gutachten zu den Auswirkungen der gestiegenen Haftpflichtprämien auf die Vergütungssituation der Hebammen und die Versorgung der Bevölkerung mit Hebammenleistungen erstellen lässt.

Die prekäre Situation für die in der ambulanten Geburtshilfe tätigen Hebammen und Entbindungspfleger hat sich mittlerweile wie in Nürnberg auch in andern Kommunen derart verschärft, dass immer mehr Einrichtungen schließen müssen. Ich möchte nochmals darauf hinweisen, dass hier dringender Handlungsbedarf besteht.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Ulrich Maly', written in a cursive style.

Dr. Ulrich Maly